



Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2013: Vernetzte Sicherheit und zivile Krisenprävention

Angesichts einer beträchtlichen Anzahl von Fragilität betroffener Staaten sowie des deutschen Anspruchs, eine Zivilmacht zu sein, bleiben der vernetzte Ansatz und zivile Krisenprävention wichtige Instrumente deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Im Folgenden werden wesentliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien zu diesen Themen aufgezeigt.

Der Koalitionsvertrag von 2009 hat die Bundesregierung auf den Ansatz der Vernetzten Sicherheitspolitik verpflichtet. Zu Beginn der Legislaturperiode setzte der Auswärtige Ausschuss des Bundestages den Unterausschuss *Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit* ein, wodurch auch im parlamentarischen Bereich eine Bewusstseins-schärfung für diese Querschnittsaufgaben deutscher Politik erreicht wurde. Im Jahr 2012 haben das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Bundesministerium der Verteidigung die ressortübergreifenden Leitlinien *Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten* verabschiedet. Zuletzt hat das BMZ das Strategiepapier 04/2013 *Entwicklung für Frieden und Sicherheit. Entwicklungspolitisches Engagement im Kontext von Konflikt, Fragilität und Gewalt* vorgelegt.

Vernetzte Sicherheit / vernetzter Ansatz

Der Ansatz der „Vernetzten Sicherheit“ ist in keinem der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2013 erwähnt. Dennoch findet die Notwendigkeit ressortübergreifender/-gemeinsamer entwickelter Strukturen zu ziviler Krisenprävention und Krisenmanagement ihren Niederschlag in den Forderungen nach einem „kohärenten Politikansatz“ (FDP), einem „vernetzten Ansatz von EU und NATO“ unter „Verzahnung“ ziviler und militärischer Fähigkeiten (CDU) oder auch durch die Entwicklung einer „übergreifenden, abgestimmten und umfassenden Strategie“ (SPD). Abgelehnt wird die Kombination ziviler und militärischer Maßnahmen durch die Partei Die Linke, da diese zur Militarisierung der Außenpolitik beitrage.

Als einzige Partei macht die FDP einen Neuvorschlag zur institutionellen Umsetzung des vernetzten Ansatzes: mit Einrichtung einer ständigen Schaltstelle auf Ebene der Bundesregierung (z.B. beim Auswärtigen Amt) wären militärische und zivile Maßnahmen in allen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik zu koordinieren und zugleich eine Lagefeststellung gewährleistet, um nationalen und internationalen Krisen vorzubeugen bzw. auf diese reagieren zu können. Bündnis 90/Die Grünen setzen auf die Fortentwicklung und Aufwertung des bestehenden Ressortkreises *Zivile Krisenprävention* und seines Beirats.

Gemeinsam ist den meisten Wahlprogrammen (mit Ausnahme Die Linke) die weiterhin erforderliche starke Einbindung der deutschen Politik in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Basierend auf einer „Friedensstrategie“ (Bündnis 90/Die Grünen), einer „nationalen Sicherheitsstrategie als Beitrag zu einer EU Sicherheitsstrategie“ (FDP) bzw. einer „gemeinsamen Sicherheitsstrategie“ der EU (CDU), soll den künftigen friedenspolitischen Erfordernissen und sicherheitspolitischen Herausforderungen auf multilateraler Ebene begegnet werden.

Zivile Krisenprävention

Parteiübergreifend herrscht Konsens, dass deutsche Außen- und Sicherheitspolitik Friedenspolitik ist, auch wenn es in Teilbereichen erhebliche Kritik am politischen Gegner hinsichtlich der realpolitischen Umsetzung gibt. Folgerichtig räumen alle Parteien zivilen Maßnahmen zur Krisenprävention und zum Krisenmanagement Vorrang vor militärischen ein. Die Regierungsparteien legen den Schwerpunkt auf die Stärkung des Aufbaus von zivilen Fähigkeiten und Personal in den Bereichen Justiz, Verwaltung und Polizei. CDU und SPD fordern gleichermaßen die Fortentwicklung der EU zu einer handlungsfähigen

Friedensmacht; Bündnis 90/die Grünen und SPD betonen darüber hinaus die Wichtigkeit der Stärkung der Vereinten Nationen und Regionalorganisationen wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in ihren Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention.

Der Einsatz militärischer Fähigkeiten wird von allen anderen Parteien als äußerstes Mittel gesehen. Die Linke lehnt ihn kategorisch ab. Nach Meinung der CDU müssen solche Einsätze in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht erfolgen. Dagegen sehen SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen ein klares VN-Mandat und einen Beschluss des Deutschen Bundestages als unabdingbar. Sie nennen zudem weitere Rahmenbedingungen: militärische Einsätze sollen in ein politisches Gesamtkonzept mit vertretbaren Risiken und festgelegten Zielen eingebettet sein (SPD) bzw. fortlaufend hinsichtlich ihrer Verhältnismäßigkeit, Wirksamkeit und rechtlicher Grundlagen geprüft werden (Bündnis 90/Die Grünen). Während gemeinsame europäische Einsätze vorrangig in Europas Nachbarschaft durchgeführt werden sollen, wird jenseits dieser Nachbarschaft vermehrt regionalen Organisationen (z.B. der Afrikanischen Union) Vorrang eingeräumt, ggf. mit Unterstützung der EU und/oder NATO (CDU).

Nur die Oppositionsparteien benennen ihre Vorstellungen zur Weiterentwicklung nationaler Instrumente und Institutionen der zivilen Krisenprävention und Krisenbewältigung. Die Fortschreibung des Aktionsplanes *Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung* (SPD) bzw. dessen Einbindung in eine zivile Friedensstrategie, die das Weißbuch ersetzen würde (Bündnis 90/Die Grünen) finden ebenso ihren Niederschlag wie Bekenntnisse zur Beibehaltung des Unterausschusses *Zivile Krisenprävention und Vernetzte Sicherheit*, zur oben erwähnten Stärkung des Ressortkreises *Zivile Krisenprävention* und seines Beirats, zur Mittelverstärkung in der Friedensforschung und zur Kapazitätserhöhung des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (Bündnis 90/Die Grünen).

Weiteres Augenmerk wird auf die Stärkung des Zivilen Friedensdienstes als zivilgesellschaftliches Element der Krisenprävention gerichtet (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke).

Zusammenfassung und Ausblick

Bei allen Parteien herrscht Einigkeit über die Wichtigkeit von ziviler Krisenprävention und Krisenmanagement sowie über die Notwendigkeit ressortübergreifender/-gemeinsamer Konzepte im Sinne eines vernetzten Ansatzes. Mit dem Verzicht auf den Begriff „Vernetzte Sicherheit“ wird die Engführung auf die sicherheitspolitische Dimension behoben und möglicherweise das Tor für einen breiteren parteiübergreifenden Konsens geöffnet. Neuerungen für die institutionelle Umsetzung liefert die FDP mit ihrer Forderung nach einer Schaltstelle auf Ebene der Bundesregierung zum Informationsaustausch und zur Koordinierung militärischer und ziviler Maßnahmen.

Um den sicherheitspolitischen Herausforderungen auf multilateraler Ebene zu begegnen, erachten CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine stärkere Einbindung deutscher Politik in die Außen- und Sicherheitspolitik der EU als notwendig. Neu sind hier die Forderungen der kleineren Parteien nach einer Friedensstrategie (Bündnis 90/Die Grünen) bzw. einer nationalen Sicherheitsstrategie (FDP). Alle Parteien räumen zivilen Maßnahmen zur Krisenprävention und Konfliktbewältigung Vorrang vor militärischen ein, konkrete Vorstellungen zur Weiterentwicklung nationaler Instrumente und Institutionen spiegeln sich jedoch nur in den Wahlprogrammen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wieder.

Bereits jetzt ist absehbar, dass sich die künftige Bundesregierung zwei wesentlichen Herausforderungen stellen muss. Die erste besteht darin, vor dem Hintergrund des erheblich reduzierten Afghanistan-Engagements ab Ende 2014, auf die schon formulierte Erwartung der Vereinten Nationen nach intensiverer deutscher Beteiligung bei internationalen Friedenseinsätzen zu reagieren. Die zweite wird sein, durch die Umsetzung angekündigter Reformen insbesondere auf politisch-strategischer Ebene (Ressortkreis, Aktionsplan), effizientere und effektivere Strukturen und Prozessen zu etablieren.